

Antrag

**der Abgeordneten Ulla Jelpke, Heidi Lippmann, Carsten Hübner,
Dr. Evelyn Kenzler, Heidemarie Lüth, Petra Pau, Wolfgang Gehrcke-Reymann
und der Fraktion der PDS**

Einstufung des irakischen Giftgasangriffs am 16. März 1988 auf Halabja als Völkermord – Humanitäre Hilfe für die Opfer des Angriffs

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag bewertet die irakischen so genannten „Anfal-Offensiven“, insbesondere die Bombardierung der kurdischen Stadt Halabja durch irakische Kampfflugzeuge am 16. März 1988 und den dabei erfolgten Einsatz von chemischen Waffen gegen die Bevölkerung in Kurdistan/Irak als Völkermord im Sinne der UN-Konvention zur Bestrafung und Verhütung von Völkermord.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. angesichts der Mitverantwortung deutscher Firmen und indirekt auch der damaligen Regierung humanitäre Hilfe für die Überlebenden und die Angehörigen der Giftgasopfer zu leisten und an die beteiligten deutschen Firmen heranzutreten, damit diese ihrer Verantwortung gerecht werden;
2. im Rahmen dieser humanitären Hilfe technische und finanzielle Mittel für die Errichtung eines Krankenhauses und Therapiezentrums in der Region von Halabja zur Behandlung von Überlebenden und noch heute unter den langfristigen Folgeschäden leidenden Opfern und ihren Angehörigen zur Verfügung zu stellen;
3. sich für die Forderung internationaler Menschenrechtsorganisationen einzusetzen, dass die UNSCOM bzw. UNMOVIC ihre Erkenntnisse über die Lieferfirmen für die irakischen A-, B- und C-Waffen- sowie Raketenprogramme offenlegt, und die von der UNSCOM an die Vorgängerregierung übermittelten Ergebnisse öffentlich zu machen;
4. aus der führenden Beteiligung deutscher Firmen am Aufbau irakischer C-Waffenfabriken, aus denen das gegen die Bevölkerung Halabjas und anderer Orte eingesetzte Giftgas nachweislich stammte, und der Tatsache, dass in die diesbezüglichen Strafverfahren wesentliche Erkenntnisse über genozidale Verfolgung, Giftgasangriffe und deutsche Lieferungen nicht oder nur unzureichend Eingang fanden, politische und juristische Konsequenzen zu ziehen.

Ulla Jelpke
Heidi Lippmann
Carsten Hübner
Dr. Evelyn Kenzler
Heidemarie Lüth
Petra Pau
Wolfgang Gehrcke-Reymann
Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Am 16. März 1988 bombardierten irakische Kampfflugzeuge die kurdische Stadt Halabja mehrfach mit Senfgas und Nervengasen. 5 000 Menschen kamen qualvoll zu Tode, mehr als 10 000 erlitten schwerste Verletzungen. Im Rahmen der Anfal-Offensiven der irakischen Armee und Geheimdienste vom Februar bis September 1988 wurde nachweislich an ca. 40 Orten Giftgas gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt und sind nach Schätzungen von Human Rights Watch ca. 180 000 Menschen ermordet worden oder verschwunden. Der Angriff auf Halabja und die Anfal-Offensiven stellen nach Ansicht von Human Rights Watch und des UN-Sonderberichterstatters Irak einen Völkermord im Sinne der VN-Konvention zur Bestrafung und Verhütung von Völkermord dar.

Etwa 70 % der Giftgasproduktionsanlagen im Irak stammen nach den Presseberichten aus der Bundesrepublik (Süddeutsche Zeitung, 26. 11. 97). Im August 1990 sind sieben Mitarbeiter beteiligter deutscher Firmen (Preussag, W.E.T., Karl Kolb, Pilot Plant) in Hamburg, Hannover und Dreieich festgenommen worden. Zwei der W.E.T.-Mitarbeiter waren sogar zeitweise für den BND tätig (Süddeutsche Zeitung, 29. 8. 90). Nach jahrelangen Verfahren vor dem Landgericht Darmstadt endeten die Prozesse 1994 bzw. 1996 mit der Verhängung von Bewährungsstrafen, Einstellungen und Freisprüchen. Die 1987 eingeleiteten Ermittlungen waren jahrelang verschleppt worden, verschärfte Strafrechtsbestimmungen griffen nicht, Ergebnisse der Erforschung der Anfal-Offensiven und Giftgaseinsätze sowie Erkenntnisse der UNSCOM fanden nicht oder nur in selektierter Form Eingang in die Verfahren. Neben den oben genannten, gerichtlich festgestellten deutschen Firmen hat die Hilfsorganisation „medico international“ unter Verweis auf Pressequellen und kurdische Quellen in einer Übersicht 1998 weitere 56 deutsche Firmen aufgelistet, die zu der irakischen Giftgasproduktion beigetragen haben („Kurdistan aktuell“ Nr. 62, April/Mai 1998).

Halabja ist zwölf Jahre nach dem Giftgasangriff immer noch zerstört, den Opfern blieb spezifische Hilfe versagt. Nach einem Bericht von Prof. Christine Gosdone (Liverpool University) leidet die Zivilbevölkerung unter langfristigen und z.T. unbekanntem Folgeschäden:

„Über 50 % der Bevölkerung haben enorme Probleme mit den Atmungsorganen. Eine sehr große Zahl hat Augenleiden. Viele sind blind. Eine furchtbare Zahl von Menschen leidet an Hautproblemen bis hin zu Krebs. Die psychischen Probleme sind immens und unabschätzbar. Krebsarten wie Leukämie sind bei Kindern und gerade bei denen, die nach dem Angriff geboren wurden, extrem hoch, alleine auch deshalb, weil die Umwelt, das Essen, das Trinkwasser usw. vergiftet ist. (...) Die Häufigkeit von Leukämie bei Kindern ist zwischen 1990 und 1996 um über das Dreifache angestiegen. Asthma und Bronchitis sind stark angestiegen. Atemwegkrankheiten haben sich mehr als verdoppelt, das Down-Syndrom hat sich mehr als verdoppelt, Herzfehler mehr als verdreifacht. (...)

Man kann in Bezug auf die genetischen Schäden von einer Zeitbombe sprechen ...“ (BBC Channel 4, Saddam’s Secret Time Bomb, 1998).

Die Bundesregierung hat nach einer Meldung der Berliner Morgenpost vom 27. Juli 1999 80 % der Kosten für drei U-Boote, die Israel in der Bundesrepublik bauen ließ, übernommen. Dazu habe sie sich, so der Zeitungsbericht, verpflichtet gefühlt, da bundesdeutsche Firmen im Jahre 1991 die Regierung in Bagdad beim Aufbau einer Giftgasindustrie unterstützt haben. Schon 1991 wurde dem Iran deutsche Hilfe für die Beseitigung von durch irakische Angriffe verursachte C-Waffenschäden zugesagt (Süddeutsche Zeitung, 23. 8. 91).

Den kurdischen Opfern gegenüber ist die Bundesregierung auch zwölf Jahre nach dem Giftgasangriff auf Halabja ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen, der nachweislichen führenden Beteiligung deutscher Firmen am irakischen C-Waffenprogramm zum Trotz.

